



Frankreich – Info

2018

Herausgeber: Französische Botschaft
Presse- und Kommunikationsabteilung
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin
info@ambafrance-de.org

www.ambafrance-de.org

Rede von Staatspräsident Emmanuel Macron zum Auftakt der Konferenz der Botschafter und Botschafterinnen

Paris, den 27. August 2018

- Auszüge -

(...) Frankreich hat seine Entschlossenheit, seine Vision, seine Pläne bezüglich Europa bekräftigt. Frankreich hat ein Europa vorgeschlagen, das schützt, das souveräner, geeinter und demokratischer ist. Zeitgleich beobachten wir zunehmend die Ausbreitung von Extremismus und das Wiedererwachen von Nationalismus. Ist das ein Grund aufzugeben? Ganz sicher nicht. Ist das ein Grund zu sagen, dass wir Unrecht haben? Ganz im Gegenteil. Wir tragen nun die Folgen eines Europas, das – man muss dem ins Gesicht sehen – teils fad und schwach geworden ist, das vielleicht nicht immer genügend vorgeschlagen hat. In Wahrheit müssen wir unsere Anstrengungen verdoppeln. Ich komme noch darauf zurück.

(...)

Über unsere Sicherheit zu sprechen, heißt auch, über die Sicherheit Europas angesichts externer Gefahren zu sprechen.

In dieser Hinsicht sind wir im vergangenen Jahr in einem Rhythmus vorangeschritten, der in den letzten sechzig Jahren unerreicht blieb. Die Vertiefung unserer gemeinsamen Verteidigungspolitik seit Sommer 2017, die Schaffung eines Verteidigungsfonds zur Finanzierung konkreter Initiativen, der Abschluss von zwei strategischen Vereinbarungen bezüglich Panzer und Kampfflugzeugen zwischen Deutschland und Frankreich, der Abschluss der Europäischen Interventionsinitiative mit acht weiteren Mitgliedstaaten, die ich im September 2017 zur Stärkung einer europäischen Kultur der Verteidigung vorgeschlagen habe, das sind die heute konkreten und bisher ungekannten Fortschritte. Nie zuvor ist Europa in Sachen Verteidigung so schnell vorangeschritten.

(...)

www.ambafrance-de.org

In gewisser Weise haben Frankreich und Europa die neuen Bedrohungen unserer Zeit sowie die Tatsache zur Kenntnis genommen, dass wir eine strategische Autonomie und eine Verteidigungsautonomie brauchen, um auf diese Bedrohungen zu reagieren.

In den kommenden Monaten werde ich Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Solidarität in Sachen Sicherheit vorschlagen. Dem Artikel 42, Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union, auf den Frankreich sich nach den Terroranschlägen 2015 zum ersten Mal berief, müssen wir in der Tat mehr Substanz verleihen. Frankreich ist bereit, in eine konkrete Debatte unter europäischen Staaten über die Natur der gegenseitigen Solidaritäts- und Verteidigungsbeziehungen einzutreten, die unsere Verpflichtungen vertragsgemäß mit sich bringen.

Europa kann seine Sicherheit nicht mehr allein den Vereinigten Staaten überlassen. Es liegt heute an uns, unsere Verantwortung zu übernehmen und die Sicherheit, und damit die Souveränität Europas, zu garantieren.

Wir müssen alle Konsequenzen aus dem Ende des Kalten Krieges ziehen. Bündnisse sind auch heute noch sinnvoll, doch die Verhältnisse, die Automatismen, die ihnen zugrunde liegen, müssen überdacht werden. Auch Europa muss alle Konsequenzen daraus ziehen. Diese verstärkte Solidarität erfordert die Überarbeitung der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsarchitektur. Zum einen durch einen erneuerten Dialog über Cybersicherheit, Chemiewaffen, konventionelle Waffen, regionale Konflikte, Weltraumsicherheit und den Schutz der Polargebiete, insbesondere mit Russland.

Ich möchte, dass wir zusammen mit unseren europäischen Partnern im weiteren Sinne, also auch mit Russland, über diese Themen nachdenken. Substanzielle Fortschritte zur Beilegung der Krise in der Ukraine sowie die Einhaltung des OSZE-Rahmens – ich denke insbesondere an die Situation der Beobachter im Donbass – sind selbstverständlich Vorbedingungen für echte Fortschritte mit Moskau. Doch das sollte uns nicht davon abhalten, ab sofort unter Europäern daran zu arbeiten. Dabei zähle ich auf Sie.

Zum anderen werden wir diese europäische Architektur überarbeiten durch die Bekräftigung der Bedeutung des Europarats, dessen Ministerkomitee Frankreich 2019 vorsitzen wird, sowie durch die Bekräftigung unserer europäischen Werte. Wir dürfen in dieser Sache nicht irgendeiner Faszination nachgeben, die überall in der Europäischen Union hervorsprießt. Diese Faszinationen für illiberale Demokratien oder für eine Art der Effektivität, die mit der Aufgabe all unserer Prinzipien einherginge. Nein. Unsere Sicherheit geht einher mit der Bekräftigung unserer Werte, der Menschenrechte, die das Fundament bilden, nicht nur des Europarates, sondern der Europäischen Union, und dem Schutz derer, die sie tagtäglich hoch halten. Ich denke an Nichtregierungsorganisationen, Intellektuelle, Künstler, Aktivisten und Journalisten. Auch in dieser Angelegenheit müssen wir insbesondere am Rande der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrfach Initiative ergreifen.

Der Multilateralismus durchläuft eine schwere Krise, die unser gesamtes außenpolitisches Handeln durcheinanderbringt, vor allem aufgrund der amerikanischen Politik. Der Zweifel über die NATO, die unilaterale und aggressive Handelspolitik führen nahezu zu einem Handelskrieg mit China, Europa und einigen anderen. Der Rückzug aus dem Übereinkommen von Paris, der Austritt aus dem Nuklearabkommen mit Iran sind ebenfalls Zeichen dafür. Der Partner, mit dem Europa die multilaterale Ordnung der Nachkriegszeit errichtete, scheint dieser gemeinsamen Geschichte den Rücken zu kehren. Frankreich stand jedes Mal als erstes und am deutlichsten in Opposition zu diesen Entscheidungen. Doch jedes Mal war es bestrebt, im Vorfeld zu diesen Entscheidungen zu überzeugen und den unerlässlichen, qualitativ hochwertigen Dialog zwischen unseren beiden Ländern zu wahren. Und dazu stehe ich uneingeschränkt.

(...)

Die tatsächliche Frage ist, wie wir gemeinsam diese tiefgreifenden Veränderungen angehen, die wir erleben und denen alle unsere Gesellschaften gegenüberstehen.

Der große demografische Wandel verändert heute Afrika wie Europa und alle Kontinente von Grund auf, das muss gesagt werden. Der große ökologische Wandel ist stärker denn je. Der große Wandel der Ungleichheiten und der große technische Wandel. Die Rolle Frankreichs besteht darin, einen humanistischen Weg zur Bewältigung dieser Herausforderungen vorzuschlagen, und gerade gemeinsam mit Europa eine neue kollektive Ordnung vorzuschlagen.

(...)

Wir müssen akzeptieren, dies je nach Thema mit Zweckbündnissen, besser gesagt mit taktischen, konkreten Bündnissen zu tun, auf Grundlage klarer Prinzipien und Zielsetzungen und stets unter Wahrung der nationalen Volkssouveränität. Das habe ich bereits angesprochen. Das begrenzt den militärischen Interventionismus, oder genauer gesagt, das erfordert, dass unser Handeln immer mit einer politischen Dynamik und einem politischen Projekt einhergeht, die so nah wie möglich von der Bevölkerung getragen werden. Das bedeutet aber auch, dass wir jedes Mal daran arbeiten müssen, dass alle nichtstaatlichen Akteure unter Wahrung der Regeln zu dieser neuen Weltordnung beitragen und dass sie nicht in gewisser Weise deren blinde Passagiere oder versteckte Richter sind.

Die Antwort führt daher nicht über den Unilateralismus, sondern über die Neuordnung unseres Handelns um einige gemeinsame strategische Güter herum und durch den Aufbau neuer Bündnisse. Zunächst in Sachen Bekämpfung des Klimawandels. Das Übereinkommen von Paris muss weiter verteidigt werden. Tagtäglich erleben wir die Intensivierung von extremen Wetterbedingungen und Naturkatastrophen, die die Dringlichkeit dieses Kampfes bestätigen. Und diesen Kampf werden wir auch weiterhin führen und wir werden auch weiterhin konkret handeln.

(...)

Ich schließe meine Rede mit dem vierten, im letzten Jahr erarbeiteten Schwerpunkt, der heute zweifellos noch aktueller ist, nämlich Europa. Ich habe im Grunde während meiner gesamten Rede an die Bedeutung Europas erinnert, ob es sich um unsere Sicherheit, unsere Fähigkeit zur Neugestaltung der internationalen Ordnung oder die Förderung unserer eigenen Interessen handelt. Dies alleine zu tun ist meist, wenn auch nicht gleich zum Scheitern verurteilt, so zumindest weniger effizient. Es jedoch mit einer Stimme zu tun, mit einer starken Stimme auf europäischer Ebene, ist, so glaube ich, der Garant für unseren Erfolg. Seit einem Jahr und unserem letzten Austausch haben wir Vorschläge unterbreitet, Fortschritte erzielt und bereits Allianzen geschmiedet. In meiner Sorbonne-Rede im letzten September habe ich eine umfassende, ehrgeizige Vision eines souveräneren, geeinteren und demokratischeren Europas vorgeschlagen. Hier haben wir bereits die ersten Ergebnisse im Bereich Verteidigung – ich habe sie vorhin erwähnt –, bei der Entsenderichtlinie, der sozialen und steuerlichen Konvergenz und der Handelspolitik erzielt. In den kommenden Monaten müssen wir die Arbeit in den Bereichen Migration und Digitalisierung fortsetzen.

Auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung der politischen Umstände bei unserem wichtigsten Partner Deutschland haben wir über mehrere Monate daran gearbeitet und konnten so im letzten Juni in Meseberg eine historische Etappe zwischen Deutschland und Frankreich besiegeln und ein Strategiepapier erarbeiten, auf dessen Grundlage wir uns in all diesen Punkten, auch hinsichtlich eines Haushalts für die Eurozone, auf eine gemeinsame Agenda bis

2021 geeinigt haben, mit der wir, so glaube ich, konsequent diese Vision eines souveränen, geeinten und solidarischen Europas weiterentwickeln können.

Kultur und Bildung, Klima und Energie, Gesundheit und Ernährung, Digitalisierung und Innovation: In all diesen Bereichen haben wir Fortschritte erzielt und eine gemeinsame Initiative vorgeschlagen. Wir haben uns auch für eine ehrgeizige Methode entschieden: mit allen zu sprechen, auch hier auf europäischer Ebene. Ich habe innerhalb eines Jahres über die Hälfte der Länder der Europäischen Union besucht. Ich habe selbstverständlich bilaterale Gespräche mit allen Staats- und Regierungschefs geführt. Im ersten Sommer bin ich durch Mittel- und Osteuropa gereist und werde morgen in Dänemark, das seit 36 Jahren keinen Staatsbesuch empfangen hat, und anschließend in Finnland sein.

Wir haben manchmal einige europäische Länder unter dem Vorwand vergessen, sie bei jedem Europäischen Rat zu treffen. Aber wir müssen auch Überzeugungsarbeit leisten, wir müssen verstehen, welche grundlegende Dynamik viele europäische Völker antreibt enge bilaterale Beziehungen aufzubauen, die unserer europäischen Politik nutzen. Die Gestaltung Europas findet nicht in Brüssel, Paris oder Berlin statt: Sie ist das Ergebnis der unermüdlichen, nicht hegemonial verstandenen Verbreitung unserer Ideen und Projekte.

Ich sage es Ihnen heute mit Ernsthaftigkeit und Bescheidenheit: Dieser Kampf Europas steht erst am Anfang. Er wird lang und schwierig sein. Er wird während meiner gesamten Amtszeit im Mittelpunkt des Vorgehens Frankreichs stehen, vor allem jetzt im kommenden Jahr, denn wir befinden uns inmitten einer europäischen Krise.

Überall in Europa gibt es Zweifel. Der Brexit ist ein Beispiel dafür. Das Anwachsen von Extremismen ist nahezu allgegenwärtig geworden und Frankreich bildet hier eine Ausnahme. Die Kluft zwischen Nord und Süd im wirtschaftlichen Bereich, zwischen Ost und West bei Migrationsfragen führt noch zu oft zu einem Bruch in unserer Europäischen Union und wir erleben heute eine politische Migrationskrise, der wir uns stellen müssen.

Wie müssen wir angesichts dieser Herausforderung reagieren? Indem wir kein bisschen von dem abrücken, was wir uns im letzten Jahr zum Ziel gesetzt haben. Kein bisschen. Ganz im Gegenteil, wir müssen mehr Klarheit schaffen und einige Perspektiven aufzeigen, die ich heute hier zum Abschluss meiner Rede mit Ihnen teilen will. Zunächst einmal, von welchem Europa reden wir hier? (...) Die Europäische Union war nicht von Anfang an da. Veränderungen ihrer Größe sind weder ein Drama noch zwangsläufig eine Entwicklung, die wir über uns ergehen lassen müssen. Natürlich gibt es da zunächst den Brexit, aber ich möchte Ihrer aller Aufmerksamkeit auf Folgendes richten: Ist das nicht etwas absurd, wenn eine Europäische Union heute enorme Energie darauf verwendet, über den Brexit zu diskutieren, und gleichzeitig die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien oder einem anderen Land des Westlichen Balkans erwägt? Sicher haben all diese Länder etwas mit unserer Geschichte zu tun. (...) Aber können wir mit diesem Lauf der Dinge zufrieden sein? Glauben wir wirklich, dass dies die beste Art ist, unseren Herausforderungen zu begegnen? Glauben wir wirklich, dass die Dinge so laufen wie sie sollen, wenn es um die Größe Europas geht, wenn es um das Europa geht, was wir wollen? Ganz sicher nicht.

Was also den Brexit angeht, wünsche ich, dass eine Einigung bis Ende des Jahres erzielt wird, die den Rahmen unserer künftigen Beziehungen festlegt. Aber ich möchte wiederholen, der Brexit ist eine souveräne Entscheidung, die zu respektieren ist, und dennoch ist er eine Entscheidung, die nicht auf Kosten der Integrität der Europäischen Union gehen darf. Das britische Volk hat für sich selbst entschieden, aber nicht für alle anderen und Frankreich möchte eine starke, enge Beziehung mit London aufrechterhalten, aber nicht auf Kosten einer Auflösung der Europäischen Union. Und dass die Integrität des eigenen Staats von der

Hauptstadt des betreffenden Landes verteidigt wird, ist eine Sache, aber wir müssen die Integrität unserer Werte, unseres Fundaments und der Europäischen Union verteidigen. Und deshalb werden wir in dieser Frage auch einen anspruchsvollen und notwendigen Dialog führen. Und dennoch müssen wir auch in jedem Fall über die Beziehung der Europäischen Union zu London nach dem Brexit nachdenken, das ist unabdingbar. Und das geht zumindest über den Aufbau einer strategischen Partnerschaft.

Das gleiche fordere ich auch für unsere Grenzen. Ich habe vorhin bereits über Russland gesprochen, über den Rahmen einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur, aber wir können Europa nicht nachhaltig aufbauen, ohne über unsere Beziehungen zu Russland und der Türkei nachzudenken. Wir müssen sachlich und realistisch über sie nachdenken. Glauben wir denn heute ernsthaft noch daran, dass wir weiterhin über einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union verhandeln können, wenn das täglich vom türkischen Präsidenten – mit dem ich seit über einem Jahr einen außergewöhnlich intensiven Kontakt pflege – bekräftigte Projekt ein panislamisches Projekt ist, das regelmäßig seine antieuropäische Einstellung beweist und dessen Maßnahmen unseren Grundsätzen zuwiderlaufen? Ganz sicher nicht. Auch hier müssen wir der Heuchelei ein Ende bereiten, um meines Erachtens eine für uns effizientere und kohärentere Lösung zu finden. Wir müssen also eine strategische Partnerschaft aufbauen, die kein EU-Beitritt ist, sondern eine strategische Partnerschaft mit Russland und der Türkei, zwei für unsere kollektive Sicherheit wichtige Mächte, die wir an Europa binden müssen, denn die Geschichte dieser Völker ist mit Europa verbunden und wir müssen unsere Zukunft gemeinsam aufbauen. Und auf all diesen Ebenen brauchen wir eine Beziehung, die wir neu definieren, die wir anspruchsvoll gestalten müssen, aber ohne dieses bürokratische Herantasten, das wir bei solchen Themen zu genüge kennen.

Der Kalte Krieg ist vorbei und die Türkei von Präsident Erdogan ist nicht die Türkei von Präsident Kemal. Das ist nun mal eine Tatsache und wir müssen die Konsequenzen daraus ziehen.

Zudem müssen wir die Tatsache, dass dieses Europa ein Europa mehrerer Kreise sein wird, akzeptieren, dazu stehen und dafür einstehen, denn das ist bereits der Fall und deshalb müssen wir akzeptieren, dass es ein größeres Europa gibt, vielleicht sogar größer als die Europäische Union selbst. Der Europarat bildet dazu die geeignete Grundlage, die auf unseren Grundfesten beruht, die mitunter selbst innerhalb der Union in Frage gestellt werden. Aber es gibt Raum für ein größeres Europa, Raum für einen gemeinsamen Markt und darin genug Raum für verstärkte Kooperationen und eine stärkere Integration. Das erfordert Mut und die Bereitschaft, mit Tabus auf beiden Seiten zu brechen, mit dem Transfer-Tabu auf der einen Seite des Rheins, mit dem Tabu einer Vertragsänderung auf der anderen Seite. Und in dieser Hinsicht setzt der heute von Frankreich verfolgte Ansatz, für den wir uns in naher Zukunft einsetzen werden, eine Vertragsänderung voraus, sei es die von mir geforderte Reform der Europäischen Union oder der Euro-Zone. Das wünsche ich mir, und ich wünsche, dass wir es anhand der laufenden Bürgerbefragungen, der Ergebnisse der nächsten Europawahlen und einer zwischenstaatlichen Arbeit in den kommenden Monaten erreichen. Denn wir müssen unsere gemeinschaftliche Organisation überdenken. Wir brauchen eine effizientere und zahlenmäßig kleinere EU-Kommission und wir müssen die strategischen Schwerpunkte dieses Europas überdenken.

Überdies werden wir heute und in Zukunft einer gemeinsamen Prüfung unterzogen, denn dieses Europa – das habe ich mehrfach wiederholt und ich habe von seiner Größe, seiner Ausdehnung gesprochen – muss sich allen aktuellen Herausforderungen stellen, von denen ich soeben gesprochen habe. Und es gibt nur eine glaubhafte europäische Antwort: die unserer strategischen Autonomie. Die Frage ist nicht, ob wir die USA überzeugen können – es ist ein großes Volk und ein großes Land –, die Frage ist vielmehr, ob uns die USA als eine Macht mit

strategischer Autonomie ansieht. Das ist derzeit die richtige Frage für Europa. Und wir müssen feststellen, dass das heute nicht der Fall ist. Wir müssen der Wahrheit klar ins Auge blicken, selbst wenn es weh tut. Ich glaube ehrlich gesagt nicht, dass China oder die USA Europa als eine Macht mit strategischer Autonomie sehen, die mit der ihren vergleichbar ist. Das glaube ich nicht.

Ich glaube, dass, wenn wir es nicht schaffen, das aufzubauen, wir auf eine düstere Zukunft zusteuern. Wie also lässt sich diese echte europäische Souveränität aufbauen? Indem wir uns den Herausforderungen stellen, von denen ich vorhin gesprochen habe, indem wir Europa zum Modell dieser humanistischen Neugestaltung der Globalisierung machen. Das ist unsere Herausforderung, und das ist genau die Debatte, der sich heute das europäische Volk im Rahmen der kommenden Europawahlen stellen muss.

Auf der einen Seite heißt es klar: Europa ist nicht effizient, es ist nicht mehr in der Lage, die Herausforderungen der Globalisierung zu bewältigen. Das ist nicht völlig falsch. Es besitzt keine strategische Autonomie. Lassen wir es also auseinanderbrechen.

Die Raffiniertesten unter ihnen werden sagen: Wir sind dafür, es auseinanderbrechen zu lassen, außer es bringt uns noch was, denn Italien ist gegen das Europa, das sich bei der Migration nicht solidarisch zeigt, aber es ist für das Europa der Strukturfonds, das höre ich so von einigen Ministern. Der italienische Ministerpräsident weiß das übrigens ganz genau. Er verfolgt eine deutlich strukturiertere Linie. Das Ungarn von Victor Orban war nie gegen das Europa der Strukturfonds, der Gemeinsamen Agrarpolitik, aber es ist gegen Europa, wenn es darum geht, große Reden zum Christentum zu halten. Und somit gibt es eine klare Strategie des Opportunismus in Europa, sogar des bewussten Nationalismus, lässt uns diese bürokratische Struktur auseinanderbrechen, sie bringt uns nichts mehr. Tun wir so, als ob wir vergessen würden, was sie uns bringt und verfolgen wir eine klare Linie.

Auf der anderen Seite müssen wir auch hier eine klare Linie verfolgen: den Willen einer europäischen Souveränität. Kann Europa allein den vielen Herausforderungen begegnen, und wie? Und ich glaube, das ist der Fall, und ich glaube auch, dass es besonders auf die heutige politische Krise in Europa zutrifft. Ich spreche von einer politischen Krise, denn die Themen, die wir im Sommer im Kontext der Migration besprochen haben, stehen vor allem für eine politische Krise. Europa musste 2015 einer echten Migrationskrise begegnen, als Millionen Afghanen und Syrer aufgrund von Konflikten zu uns kamen. Vor etwas mehr als einem Jahr musste Europa eine echte Migrationskrise aus Libyen erfahren, aber diese Ströme sind in den letzten Wochen um das Zehnfache zurückgegangen. Es ist keine Migrationskrise, es ist eine politische Krise, es geht um die Fähigkeit, auf genau diese Herausforderung zu reagieren.

Bei diesem Thema müssen wir der Realität ins Auge sehen. Warum haben wir diese politische Krise in Europa und vor allem in Italien? Weil es keine europäische Solidarität gab. Warum hatten wir unlängst eine politische Krise in Griechenland? Weil es keine europäische Solidarität gab. Deshalb sehe ich schon immer eine enge Verbindung zwischen europäischer Solidarität und einer echten Politik der Souveränität. Und was nun in Italien passiert, haben wir politisch selbst mit unserer fehlenden Solidarität verursacht. Entschuldigt das die fremdenfeindliche Polemik, die Neigung zu einfachen Weg? Das glaube ich nicht. Ich glaube, dass dieselben fremdenfeindlichen Personen keine Lösung für das von ihnen angeprangerte Problem einbringen. Dass sie mit der Solidarität derer rechnen, die sie loswerden wollen (...), funktioniert oft nicht. Im Übrigen verstehen sich all jene, die nationalistische oder einseitige Ansichten haben, sehr gut darauf, Europa anzuprangern, aber nicht darauf, gemeinsame Lösungen zu finden, auch nicht, wenn es um sie selbst geht. Die Möglichkeiten von denen sie sprechen, bringen keine Lösungen.

Ich glaube also, dass Frankreich bei diesem Thema mit konstruktiven Partnern und der Europäischen Kommission ein nachhaltiges und effizientes Instrument mit auf den Weg bringen muss, das die humanitären und solidarischen Grundsätze wahrt. Das heißt, dass wir auf das Asylrecht, wie wir es uns ausgedacht haben, nicht verzichten dürfen, nicht verzichten können. Ich höre jeden Tag Reden, in denen es heißt: „nehmt diese Leute nicht auf, akzeptiert sie nicht, das ist ein Zeichen von Schwäche, von Gutmütigkeit“. Frankreich, und das begrüße ich, gehört zu den Ländern, die während der politischen Krise dieses Sommers die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat: 250. (...) Wer sind denn diese verantwortlichen Politiker, die uns erklären wollen, dass wir in Frankreich und Europa das Asylrecht nicht achten sollen? Dieses Asylrecht in unserer Verfassung verankert, in Frankreich, es findet sich in all unseren europäischen Texten wieder. Wichtig ist nur, dass wir weiterhin unterscheiden können. Es gibt diejenigen, die ein Recht auf Asyl haben und die wir im Rahmen einer durchdachten Organisation (...) bedingungslos aufnehmen müssen. Darüber hinaus müssen wir auf europäischer Ebene gemeinsam mit Afrika eine Migrationspolitik entwickeln, um die auf wirtschaftlichen Faktoren begründeten Migrationsströme zu vermeiden, zu verringern und zu bewältigen und sie effizienter rückführen zu können.

Das ist auch das Ziel des Gesetzes, das in wenigen Tagen erlassen wird und das wir für Frankreich beschlossen haben. Und das ist auch das Ziel des europäischen Vorgehens und der Partnerschaft, die wir mit allen afrikanischen Staaten aufbauen wollen, so wie wir dies bereits in Abidjan Ende letzten Jahres beim Dialog zwischen der Europäischen Union und der Afrikanischen Union haben, und in Paris vor einem Jahr, Tag für Tag, mit der Afrikanischen Union und mit einer Reihe von Herkunfts- und Transitländern und mit einer Reihe unserer Partner. Das ist die richtige Lösung für die Migrationskrise.

Es handelt sich also um eine anspruchsvolle europäische Politik, die unsere Werte achtet, und die, da wir uns auf gemeinsame Regeln beim Grenzschutz und bei der internen Solidarität geeinigt haben, letztlich auch effizient ist. Frankreich steht bei der Flüchtlingsfrage vor einer Herausforderung. Wir sind das Land, das im letzten Jahr quasi die meisten Asylanträge hatte, das Land mit der zweithöchsten Zahl an Asylanträgen – etwas mehr als 100 000 -, aber niemand kam über die sogenannten Haupttrouten. Die Unfähigkeit Europas das Thema Flüchtlinge zu bewältigen, ist schuld daran, dass es so viele Asylanträge gab. Und ich möchte alle jene, die sich zu diesem Thema äußern, darum bitten, den Tatsachen ins Auge zu sehen. Sobald wir auf europäischer Ebene eine effizientere Organisation haben, haben wir auch bereits einen Teil der Lösung für unsere eigenen Probleme, ja mitunter sogar für unsere eigenen Befürchtungen. (...)

Darüber hinaus plädiere ich bei all diesen Themen dafür, dass Europa zu dieser Macht wird, die - wie beim Thema Migration - Lösungen erarbeitet, auf die wir bei der Globalisierung setzen. Eine wirtschaftliche und kommerzielle Macht durch eine stärkere Euro-Zone, die Verteidigung unserer strategischen und kommerziellen Interessen, eine finanzielle Unabhängigkeit durch Mechanismen, die wir vorschlagen müssen (...), um eine finanzielle Autonomie Europas zu schaffen und der Extraterritorialität bestimmter finanzieller und geldpolitischer Entscheidungen schließlich ein Ende zu setzen.

Eine wirtschaftliche und kommerzielle Macht, die in ihren Grenzen eine steuerliche und soziale Konvergenz schafft. Ich möchte ein Europa, das durch die bereits von uns auf den Weg gebrachten Initiativen eine Macht in den Bereichen Digitalisierung und Künstliche Intelligenz ist, eine Macht bei Sprunginnovationen, über einen echten digitalen Binnenmarkt verfügt und eine gerechte Besteuerung der **Akteure der digitalen Welt umsetzt**. Ein Europa, das eine Macht ist in Sachen Umweltfragen, Lebensmittel und Gesundheit und überall in Europa die gleichen Rechte auf Zugang zu gesunden Lebensmitteln und zu einer gesunden Umwelt garantiert.

Dieses Ziel verfolgen wir. Es zu erreichen, wenn andere europäische Akteure es nicht mittragen, ist unmöglich. Wir müssen und wir werden auf europäischer Ebene den Kampf gegen Glyphosat zum Ende führen. (...) Gleiches gilt für den einheitlichen CO₂-Preis, für eine echte Energiesouveränität und eine echte Strategie für erneuerbare Energien. (...)

Wir müssen die Geschichte Europas nach unseren Wünschen gestalten und konkrete Ergebnisse aufzeigen, um unsere Mitbürger davon zu überzeugen, dass der Weg der Zusammenarbeit in Europa und weltweit der einzige ist, der Beziehungen schafft, die auf gegenseitigem Vertrauen gründen und im Interesse Frankreichs liegen.